

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage Nr. 962
des Abgeordneten Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe
Drucksache 6/2225

Planungen für den Ausbau der Windkraft - I

Aus der Bevölkerung erreichen uns nach wie vor zahlreiche Fragen zu den Ausbauplänen der Wind-energie. Die Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen 312 (Antwort: Drucksache 6/958) und 412 (Antwort: Drucksache 6/1144) haben teilweise zu neuen Fragen geführt. Zudem war in den letzten Wochen aus der Regierungskoalition ein wachsender Zweifel an der Akzeptanz der Windenergie in Brandenburg und den entsprechenden Ausbauplänen zu vernehmen.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung regionale Studien zu den Auswirkungen von WEA in Bezug auf die Gesundheit des Menschen in Brandenburg vor? Wenn nein, warum nicht?
2. Wurde beim brandenburgischen Gesundheitsministerium bereits der Auftrag erteilt, eine regionale Studie zur Bewertung der Auswirkungen von WEA auf die menschliche Gesundheit in Brandenburg durchzuführen? Wenn nein, warum nicht?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Liegen der Landesregierung regionale Studien zu den Auswirkungen von WEA in Bezug auf die Gesundheit des Menschen in Brandenburg vor? Wenn nein, warum nicht?

zu Frage 1: Regionale Studien zu den Auswirkungen von Windenergieanlagen (WEA) in Bezug auf die Gesundheit des Menschen liegen der Landesregierung nicht vor. Von der Landesregierung wurden solche Studien bisher nicht beauftragt.

Frage 2: Wurde beim brandenburgischen Gesundheitsministerium bereits der Auftrag erteilt, eine regionale Studie zur Bewertung der Auswirkungen von WEA auf die menschliche Gesundheit in Brandenburg durchzuführen? Wenn nein, warum nicht?

Zu Frage 2: Das Brandenburgische Gesundheitsministerium hat bisher keinen Auftrag erteilt, eine regionale Studie zur Bewertung der Auswirkungen von WEA auf die menschliche Gesundheit in Brandenburg durchzuführen. Die meisten Beschwerden richten sich gegen die von der WEA ausgehenden Emissionen. Wie in der Antwort der Landesregierung zur Kleinen Anfrage Nr. 312 vom 23.02.2015 (LT-Ds 6/958) ausgeführt, sind im Zeitraum von 2011 bis 2014 mehrere Forschungsvorhaben, z.B. zu den möglichen negativen gesundheitlichen Auswirkungen von Infraschall, in den Umweltforschungsplan der Bundesregierung aufgenommen worden. Deren Ergebnisse werden bei der Weiterentwicklung der entsprechenden bundesrechtlichen Rechtsgrundlagen und Regelwerke Berücksichtigung finden.